

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

**Bezugsgebühr:**  
 Vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pf., jährlich 3 Mark. Einmalige Anfertigung durch Brief 50 Pf. Bei einmaliger Anfertigung durch die Post 1 Mark. (Inhalt des Jahrgangs mit außerordentlichem Inhalt.)  
 Redaktions- und Druckerei: Original-Entwürfe nur mit deutscher Rechtschreibung (Dresdner Orthographie) zulässig. Nachträgliche Änderungen sind nicht zulässig. Anzeigen werden nicht entnommen.

Telegraphische Adressen:  
**Nachrichten Dresden.**

**Cosmos Seife**  
 Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen!  
 Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

**Nähmaschinen H. Grossmann, Nähmaschinen-Fabrik.**  
 Verkauf in Dresden: Chemnitzstr. 26, Waisenhausstr. 5, Ketschergasse 41 (Eingang Strömeyer-Str.) und bei Herrn Max Baumann, Dresden-K., an der Dreikönigskirche 4.

**Ferd. Dettmann**  
 Dresden, König Johannstr. Optisch-mechan. Institut ersten Ranges.  
 Schul- u. Techniker-Reinigungs-Apparate von auswärts an selben Tage zurück. Katalog gratis u. franko.

**Fabrik feiner Lederwaren. Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Adolf Näter**  
 Größtes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft  
 26 Prager Strasse 20.

**Nr. 224. Spiegel:** Der Fall Bobbielski. Fabrikantenstempel, Saalhaber, Kapital und Industrie, Wild West. | **Wutmaßliche Bitterung:** Warm, veränderlich. | **Donnerstag, 16. August 1906.**

## Der Fall Bobbielski

ist in ein neues Stadium getreten. Nachdem bis jetzt nur die Presse gegen den preussischen Landwirtschaftsminister Sturm gelaufen hat, weil sie ihn als mittelbaren Teilhaber der Firma Toppelkirch der Begünstigung derselben bei den Koloniallieferungen verdächtig glaubte, scheint man sich nunmehr auch an höchste Stelle mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, wenigstens meldet der Droht, daß bei dem am Freitag stattfindenden Besuche des Reichskanzlers beim Kaiser der „Fall Bobbielski“ eine eingehende Erörterung finden wird. Das war vorauszusehen, denn die Zeitungsangriffe, denen sich der Minister in den letzten Tagen ausgesetzt sah, mußten notwendigerweise dazu führen, daß an maßgebender Stelle das Bedürfnis nach einer völligen Klärung dieser unerquicklichen Angelegenheit wahrgenommen wurde. Das Ansehen der Ministerwürde steht doch zu hoch in deutschen Landen, als daß seine Erschütterung so ohne weiteres hingenommen werden könnte. Ein ungeschriebenes, aber gerade deshalb um so strenger befolgtes Gesetz will es, daß jedes Mitglied des preussischen Ministeriums, dessen Name — wenn auch zu Unrecht, gleichwohl — in Verbindung mit irgend einem kompromittierenden Vorwissen genannt wird, es als seine Pflicht anseht, baldmöglichst seine Vorgesetzten, in diesem Falle also den Ministerpräsidenten Fürsten Hilson, und seine Ministerkollegen in entsprechender Weise aufzuklären. Man kann demnach als sicher annehmen, daß dies auch im Falle Bobbielski-Toppelkirch geschehen ist, und daß der Reichskanzler auf Grund des schriftlichen Berichtes dem Kaiser Vortrag halten wird. Wie durch eine Berliner Korrespondenz verlautet, soll sich Herr von Bobbielski selbst in bester Laune und äußerlichster Stimmung befinden, und in Kreisen, die für unerschütterlich gelten können, erzählt man sich, daß er dem festen Vertrauen Ausdruck verliehen hat, vor jedermann ohne Schwierigkeit sein kaufmännisches Verhältnis zu der Kolonialfirma Toppelkirch rechtfertigen zu können. Dazu wird der Minister wohl bald Gelegenheit erhalten, denn ganz abgesehen von seiner Verantwortung dem Kaiser gegenüber soll überdies Herr von Bobbielskis Vernehmung in Sachen des verhafteten Majors Fischer unmittelbar bevorstehen. Von dem Ergebnis dieser Vernehmung dürfte in erster Linie die Entscheidung darüber abhängen, ob gegen die Firma Toppelkirch u. Co., d. h. gegen ihre Inhaber, ein gerichtliches Verfahren wegen Bestechung eingeleitet ist. Herr von Bobbielski wird ohne Zweifel die Gelegenheit nur willkommen sein, vor dem Untersuchungsrichter nachzuweisen, daß er persönlich nichts von den behaupteten pekuniären Beziehungen zwischen dem Major Fischer und der Firma gewußt hat.

Vorläufig läßt sich die ohne Frage sehr unangenehme Affäre nicht klar übersehen. Auch hier kann man sagen: Von der Parteilichkeit und der Verwirrung, schwant sein Charakteristik in der Geschichte. ... Für diejenigen politischen Kreise und Presseorgane, denen der preussische Landwirtschaftsminister wegen seiner „erzogenen“ Bestimmung von jeher ein Dorn im Auge war, ist natürlich die günstige Gelegenheit geradezu unerschöpflich gewesen, ihrem „Beißling“ eins auszuweisen zu können. Denn schon lange arbeitet man beständig auf jener Seite daran, den Sturz des Ministers herbeizuführen, und schwelgt bereits im Wollgeschmack der sicheren Hoffnung, daß es diesmal endlich gelingen werde. Alle Mittel feiner und grober Verächtlichkeit sind angewendet worden, um das Verhalten des Ministers vor der Öffentlichkeit möglichst anrüchlich erscheinen zu lassen; hat sich doch Herr von Bobbielski in jüngster Zeit noch besonders dadurch unbeliebt gemacht, daß er der Presse gegenüber eine für einen modernen Minister allerdings nicht ganz gewöhnliche Nichtachtung an den Tag gelegt hat, indem er erklärte, auf Anknüpfungen seitens der Presse reagiere er grundsätzlich nicht. Dies im Parlament gefallene Wort war sicher weder klug, noch zeitgemäß empfunden, das ist unbedingt zuzugeden — aber was hat in aller Welt diese Entgleisung des Ministers mit der jetzt spielenden Angelegenheit Bobbielski-Toppelkirch-Fischer zu tun? Die Presse sollte sich um ihrer Ehre und um ihres Ansehens willen ja hüten, persönliche Empfindlichkeiten in die Beurteilung sachlicher Fragen hineinzuwerfen zu lassen; das trübt den klaren Blick und macht ungerecht. Weiter haben die linksstehenden Blätter hierin von jeher großes Geklingel, besonders dann, wenn so ein bißchen Ministerstürgerei dabei ist! — Auf der anderen Seite hat Minister von Bobbielski auch sehr warme Verteidiger gefunden, wie z. B. die „Deutsche Tagesztg.“ und den „Berliner Lokal-Anzeiger“. Besonders letzteres Blatt scheint vom angegriffenen Minister selbst als Verteidigungswaffe benutzt zu werden, wovon der Umstand schließen läßt, daß sich dort verschiedene Interventionen fanden, die aus Bad Rendsdorf stammten, dem bisherigen Außenminister des Herrn von Bobbielski. Ein Beweis übrigens, daß der Minister als praktischer Mann gegenwärtig den Wert der Presse sehr wohl zu schätzen weiß. ... Was einen Fehler hatten diese Erklärungen: sie bewarnten sich

zu sehr in allgemeinen Redewendungen und drückten sich am Kern der Sache vorbei. Außerdem mußte es auffallen, daß Herr von Bobbielski sich dabei fast immer hinter seine Frau und hinter den Kaiser verschante, statt selbst alle Verantwortung zu übernehmen. Frau von Bobbielski, die allein bei der Firma Toppelkirch mit ihren Geldeinlagen beteiligt ist, lebt nämlich in Ehelicheit mit ihrem Mann, jedoch dieser tatsächlich nur ihr Sachwalter ist; der Kaiser andererseits mit seinem modernen Empfinden soll angeblich an einer Geschäftsbeziehung seines Ministers keinerlei Anstoß genommen haben, als vor Jahren die Sprache darauf kam. ... Trotz dieser Entschuldigungen, die ja einer gewissen Berechtigung nicht entbehren, wird man es nicht gerade sehr nachahmenswert finden können, wenn ein hoher Beamter so oder so in Geschäftsverbindung mit einer Firma blieb, die überaus einträgliche Lieferungsverträge mit dem Reichsfiskus treibt und aus dem Geld der Steuerzahler große Gewinne zieht. Es ist und bleibt trotz allem auffällig, daß sich ein Minister — wenn auch nur mittelbar — an Geschäften beteiligt. Dieser böse Schein hätte besser vermieden werden sollen, denn an der persönlichen Integrität des Herrn von Bobbielski in der Affäre Toppelkirch-Fischer wird wohl kaum jemand zu zweifeln wagen. Uebrigens hat der Minister seine Beziehungen zur Firma in einer Zeit angeknüpft, als er noch nicht Beamter des Reiches war. Um es den vielfach beliebten Entstellungen gegenüber noch einmal zu wiederholen, ist der jetzige Minister im Jahre 1895, also vor seinem Eintritt in die Reichsverwaltung, mit Herrn von Toppelkirch gemeinschaftlich bei der Begründung des kolonialen Ausfuhrhandelsunternehmens tätig gewesen und hat dann bei der Übernahme des Reichspostamts 1897 seine Verbindung mit der Firma Toppelkirch u. Co. bei der allein hierfür zuständigen Stelle, also wohl dem Kaiser, zur Sprache gebracht, die diese Verbindung in keiner Weise als Hindernis für die Übernahme des Postens erachtete. Im Jahre 1897 hat der damalige Staatssekretär des Reichspostamtes seinen Anteil an der Firma an seine Gattin abgetreten, da ein Verkauf des Anteils zu unannehmbarem Preise nicht zu erzielen war; 1900 hat er jedoch die eheliche Ehelicheit zurückgegeben, was er auch in der „Freie-Pressung“, daß hierher knappe Sachverhalt zur Begründung eines Todesurteils gegen den vertriebenen Minister nicht ausreicht, und daß die Presse wohl überhaupt nicht der geeignete Ort ist, um im Einzelfalle über die Beteiligung von Staatsbeamten bei industriellen oder kaufmännischen Unternehmungen ein Urteil zu fällen, da sie die Mannigfaltigkeit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse wohl niemals vollständig übersehen kann. Dem ist — wenn auch nur mit gewissem Vorbehalt — beizupflichten, weshalb auch an dieser Stelle mit einem endgültigen Urteil über den Fall Bobbielski zurückgehalten sei, bis das vollständige amtliche Material vorliegt, worauf die Öffentlichkeit hoffentlich nicht mehr allzu lange warten brauchen.

## Neueste Drahtmeldungen vom 15. August.

**Die Monarchen-Zusammenkunft in Cronberg.**  
 Saalburg, Kaiser Wilhelm und Königin Edward, Kronprinz und Kronprinzessin von Griechenland, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und Großfürstin Georg Michaelowitsch von Rußland nebst Gefolge sind nachmittags 4 1/2 Uhr in fünf Automobilen hier eingetroffen.  
 Cronberg. (Brid-Tele.) König Eduard hat sich beim Großherzog von Luxemburg, der deshalb nach dem nahen Königstein gekommen ist, zum Diner angelangt. Ob diese Begegnung, die zu allerlei Betrachtungen Anlaß gibt, zur Aufklärung gelangt, steht noch nicht fest.  
 Cronberg. (Brid-Tele.) Zur Frühstückstafel waren außer den bereits Genannten noch geladen: Staatssekretär von Tschirich und der englische Botschafter Sir Frank Lascelles. Um 4 Uhr begaben sich sämtliche Herrschaften mit ihrem Gefolge und Umgebungen nach Domburg und der Saalburg, wo der See eingenommen werden soll. Das Wetter ist schön.  
 Berlin. (Brid-Tele.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu der Monarchen-Zusammenkunft in Cronberg: „Se. Majestät der Kaiser und Königin ist heute im Schlosse Friedrichshagen mit Sr. Majestät dem König von England zusammengetroffen. Wir freuen uns, daß dieses Wiedersehen der beiden Monarchen, wie in der englischen, auch in der deutschen Presse fast überall mit Sympathie begrüßt worden ist. An den hier und da laut gewordenen Vermutungen über besondere politische Gründe der Begegnung können wir uns nicht beteiligen. Der wirkliche Wert der Zusammenkunft erscheint uns auch ohne solche Kombinationen nicht gering. Wir hoffen, daß die Aussprache der Staatsoberhäupter Deutschlands und Großbritanniens der Festigung des Weltfriedens dienen werde. In Uebereinstimmung mit allen, die zu beiden Seiten des Kanals von entgegenkommenden Gesinnungen erfüllt sind, heißen wir Se. Majestät den König ehrerbietig willkommen.“  
 London. (Brid-Tele.) Das Zusammentreffen Kaiser Wilhelms mit Königin Edward wird von den Vätern allgemein sympathisch besprochen. Das sich der Ton in den Beziehungen beider Völker darnach freundlicher gestaltet werde, wird als ein sehr wünschenswertes und sicher zu erwartendes Resultat hervorgehoben.

Paris. (Brid-Tele.) Der „Figaro“ erörtert die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Edward in friedlichem Sinne und findet, sie gehe Frankreich um so weniger Grund zu Besorgnissen, als sie von englischer Seite abgelehnt worden sei, so lange Deutschland und Frankreich den marokkanischen Streitfall noch nicht erledigt hatten.

Berlin. Nach einem Telegramm des Gouvernements aus Dar-es-Salaam vom 15. d. meldet Major Johannes, daß in Uvungwa (Landchaft im Nordosten des Nyassa-Sees) nur ein Kleinrieg zu erwarten und daß kein Grund zu Verurteilungen vorhanden sei. Er beläßt dort demnach den Hauptmann v. Kleist und führt selbst nach Dar-es-Salaam zurück. Hauptmann v. Schönberg meldet neue Aufstellungen von Aufständischen am Rubei und Riwero, insbesondere von Linale. Zurückkehrende Offiziere haben die Vermutung ausgesprochen, daß der Kleinrieg im Süden des Schutzgebietes noch ein Jahr dauern könne.

**Zur Kolonial-Unternehmung.**  
 Berlin. (Brid-Tele.) Hiesige Blätter melden: Wie verläuft die Vernehmung des Landwirtschaftsministers v. Bobbielski in der Angelegenheit v. Toppelkirch-Fischer unmittelbar bevor. Von den Aussagen des Ministers dürfte in erster Linie die Entscheidung abhängen, ob gegen die Firma v. Toppelkirch, d. h. gegen ihre Inhaber, ein Verfahren wegen Bestechung des Majors Fischer eingeleitet ist. Herr v. Bobbielski wird ohne Zweifel die Gelegenheit nur willkommen heißen, vor dem Untersuchungsrichter nachzuweisen zu können, daß er nichts von den pekuniären Beziehungen zwischen dem Major Fischer und der Firma, deren eigentlicher Leiter er war, gewußt hat. Wie man hört, befindet sich Herr v. Bobbielski selbst in zureichendster Stimmung, und in Kreisen, die für unerschütterlich gelten können, erzählt man sich, daß er dem festen Vertrauen Ausdruck verliehen habe, an der maßgebenden Stelle, nämlich beim Kaiser, ohne Schwierigkeit sein kaufmännisches Verhältnis zu der Kolonialfirma zu rechtfertigen. Herr v. Bobbielski hofft für seinen ausgeprägten Geschäftssinn bei dem so modern empfindenden Monarchen, der den Verkehr mit weitblickenden Geschäftsleuten von der Art des Herrn Ballin liebt, vollen Verständnis zu finden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Minister in dieser Richtung bereits einleitende Schritte getan hat, um sich den Beifall seines Ministerpräsidenten auch über den Abschluß des Fischerischen Prozesses hinaus zu sichern. Ein ungeschriebenes, aber um so strenger befolgtes altpreussisches Gesetz will, daß jedes Mitglied des preussischen Staatsministeriums, dessen Name, wenn auch zu Unrecht, in Verbindung mit irgend einer kompromittierenden Angelegenheit genannt wurde, es als seine Pflicht erachtet, seinen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten, und seine Kollegen, die übrigen Minister, in entsprechender Weise anzukündigen. Dies pflegt in schriftlicher Form zu geschehen. Sehr interessant wäre es, zu erfahren, ob Herr v. Bobbielski sich inszwischen in dieser Weise geäußert hat, nachdem nun bereits seit mehreren Wochen eine Verdon den Mittelpunkt einer so unerquicklichen Affäre bildet.

Frankfurt a. M. (Brid-Tele.) Der „Frankf. Ztg.“ wird von einem angeblichen Referenten der Firma Toppelkirch berichtet: Die Firma hatte stets lange im Voraus von einem eintretenden Waffen- oder Truppentransport Kenntnis. Vor längerer Zeit erhielt ein Lebensmittelgeschäft eine mit „T. u. T.“ unterzeichnete telegraphische Anfrage, in welcher Zeit er 500 Amselstiele zum Preise von je 50 M. liefern könne. Die Sättel wurden geliefert und fanden prompte Abnahme bei der Kolonial- oder Schutztruppenverwaltung zum Preise von 90 M., d. h. also, die Monopolfirma lieferte nicht einmal eigenes Fabrikat und streift für die Vermittlung 80 Prozent Waffentransport ein. Bis jetzt sollen überhand für unsere Kolonialtruppen in Afrika und Asien 60 000 Stück Sättel geliefert worden sein.

## Unwetternachrichten.

Hamburg. (Brid-Tele.) In der vergangenen Nacht zog sich ein schweres Gewitter über der Stadt und umgebende Gegend. Ein Wirbelwind riß das Hauptdach des Bergmagazins ab. Mehrere Segel gerieten ins Treiben und wurden beschädigt. Ein großer Schaden ist an Gebäuden und Anlagen angerichtet. Das Telephonnetz ist zum Teil zerstört.

## Bestehen des Sultans.

Konstantinopel. (Brid-Tele.) Aus Anlaß der Genesung des Sultans wurde eine Amnestie für Schuld- und leichtere Vergehen erlassen.  
 Konstantinopel. (Brid-Tele.) Der deutsche Botschafter unterbricht in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse seinen Urlaub und kehrt morgen hierher zurück. Der Urlaubsantritt des englischen Botschafters ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Die türkische Gesundheitsbehörde trifft Maßnahmen, aus denen man auf den großen Ernst der Situation schließen kann.  
 Philippopol. (Brid-Tele.) Nach hiesiger gelauteten Meldungen wird in hohen türkischen Kreisen die Thronfolgefrage ernstlich erörtert. Der eigentliche Thronfolger, Mohammed Reischad Effendi, soll demogen werden, sich selbst für regierungsunfähig zu erklären, wobeifalls durch ein Fetwa des Scheich-ul-Islam die Unfähigkeit Reischads ausgesprochen werden soll. Der nächste Thronfolger wäre der älteste Sohn des verstorbenen Sultans Abdul Aziz, Mustafa Kemal. Als Gegenkandidaten will die jetzige Opposition im eigenen Interesse einen Sohn des jetzigen Sultans auf den Thron erheben. Der Wunsch des Sultans selbst wäre, daß sein dritter Sohn Burhan Eddin den Thron bestiege, was aber ohne eine große Palastrevolution unmöglich erscheint. Im geheimen wird geplant, falls der Sultan am Freitag noch so krank ist, daß er nicht zum Selamluk dem Volke sich zeigen kann, sofort einen großen Hof von Ministern und anderen hohen Würdenträgern, insbesondere den Scheich-ul-Islam einzuberufen, der darüber beschließen soll, ob alsdann ein